

Satzung des Kreises Wesel vom 26. März 2009 über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder

Aufgrund § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) i.V. mit § 5 Kreisordnung NW und § 6 Kommunalabgabengesetz in den jeweils geltenden Fassungen hat der Kreistag des Kreises Wesel am 19. März 2009 folgende Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder beschlossen:

§ 1: Räumlicher Geltungsbereich

Die Satzung gilt für den Bereich der Städte und Gemeinden im Kreis Wesel, für die der Kreis Wesel örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist.

§ 2: Sachlicher Geltungsbereich

Die Satzung gilt für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) in der zur Zeit gültigen Fassung.

§ 3: Gebührentatbestand

Der Elternbeitrag wird erhoben für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) als monatliche öffentlich-rechtliche Gebühr zu den Betriebskosten des Kalenderjahres der Tageseinrichtungen für Kinder. Die Gebührenpflicht entsteht für jeden Monat, in dem dem Kind / den Kindern ein Platz in der Einrichtung vertraglich zusteht. Die Beitragspflicht wird durch Schließungszeiten der Einrichtung nicht berührt. Die Elternbeiträge werden als volle Monatsbeiträge erhoben.

§ 4: Gebührenschuldner

Gebührenschildner sind die Eltern als Gesamtschuldner oder diesen rechtlich gleichgestellte Personen. Lebt das Kind nur bei einem Elternteil, ist dieser beitragspflichtig. Wird bei Vollzeitpflege den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommenssteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten die Personen, die diese Leistung erhalten, an die Stelle der Eltern/des Elternteils. In diesem Fall ist der Elternbeitrag nach der Stufe 1 zu zahlen, es sei denn, das Einkommen ist niedriger. Wird ein Kind im Rahmen von § 34 SGB VIII in einer Heimeinrichtung betreut, so entfällt eine Beitragspflicht.

§ 5: Gebührenmaßstab

Die Gebührenhöhe richtet sich nach

- dem Einkommen der/des Gebührenschuldner/s,
- dem Alter des Kindes,
- dem Betreuungsaufwand und
- den Betreuungszeiten.

§ 6: Einkommensangaben

Auf Verlangen haben die Eltern/hat der Elternteil schriftlich anzugeben und nachzuweisen, welche Einkommensgruppe gemäß § 9 ihrem/seinem Elternbeitrag zugrunde zu legen ist. Ohne Angaben zur Einkommenshöhe oder ohne den geforderten Nachweis ist der höchste Elternbeitrag zu leisten, wenn auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist.

§ 7: Einkommen

Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern im Sinne des § 2 Abs. 1, 2 und 5a des Einkommenssteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften, das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz und die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz sind nicht hinzuzurechnen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeldgesetz wird bis auf den Sockelbetrag von 300,- Euro als Einkommen berücksichtigt.

Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung eines Mandats und steht ihm aufgrund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Paragraphen ermittelten Einkommen ein Betrag in Höhe von 10 v.H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen (sog. Beamtenzuschlag).

Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Paragraphen ermittelten Einkommen abzuziehen.

§ 8: Maßgebliches Einkommen

Der Gebührensatz richtet sich nach dem aktuellen Einkommen der/des Gebührenschnldner/s. Das maßgebliche Einkommen kann, sofern keine Veränderung eingetreten ist, durch Einkommensbelege des vorangegangenen Kalenderjahres nachgewiesen werden. Eine relevante Veränderung liegt vor, wenn dadurch eine andere Beitragsstufe erreicht wird. Ist eine Einkommensveränderung eingetreten und ist das aktuelle Einkommen niedriger oder höher als das des vorangegangenen Kalenderjahres, so ist das voraussichtliche Einkommen der nächsten 12 Monate unter Hinzurechnung aller beitragsrelevanten Einkünfte ab Eintritt der Änderung maßgebend.

Änderungen der Einkommensverhältnisse, welche sich während des Besuches des Kindes / der Kinder in der Tageseinrichtung ergeben und die zur Zugrundelegung einer anderen Beitragsstufe führen, sind unverzüglich anzugeben.

Die Gebühr wird ab dem Kalendermonat nach Eintritt der Änderung neu festgesetzt.

Wird bei späterer Überprüfung festgestellt, dass Einkommensangaben unvollständig oder fehlerhaft waren, ist die Gebühr auch für rückwirkende Zeiträume zu ändern.

§ 9: Gebührensatz

Der Gebührensatz ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle:

Beitrags- stufe	Jahres- einkommen	Kinder unter 3 Jahren			Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres		
		25 Stunden Betreuzeit	35 Stunden Betreuzeit	45 Stunden Betreuzeit	25 Stunden Betreuzeit	35 Stunden Betreuzeit	45 Stunden Betreuzeit
0	bis 15.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
1	bis 25.000 €	37 €	50 €	64 €	20 €	27 €	43 €
2	bis 37.000 €	64 €	87 €	111 €	35 €	47 €	75 €
3	bis 49.000 €	105 €	142 €	182 €	57 €	77 €	123 €
4	bis 61.000 €	166 €	226 €	289 €	90 €	122 €	195 €
5	bis 73.000 €	219 €	298 €	381 €	119 €	161 €	258 €
6	über 73.000 €	272 €	370 €	474 €	148 €	200 €	320 €

Bei den Elternbeiträgen ist für das gesamte Kindergartenjahr das Alter zu Grunde zu legen, welches die Kinder bis zum 01. November des begonnenen Kindergartenjahres erreicht haben werden. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Kinder, die erst mit oder nach Vollendung des 3. Lebensjahres im Laufe des Kindergartenjahres aufgenommen werden.

Kinder im letzten Besuchsjahr vor Eintritt in die Grundschule sind von Elternbeiträgen befreit.

Für schulpflichtige Kinder, die in Tageseinrichtungen für Kinder betreut werden, wird der Elternbeitrag für Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres erhoben.

§ 10: Fälligkeit

Die Beiträge werden monatlich zum 15. des Monats fällig, es sei denn, durch Beitragsbescheid wird ein anderes Datum festgesetzt.

§ 11: Geschwisterkinder

Besucht mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, die nach § 4 an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig eine Tageseinrichtung für Kinder nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz), so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Ergeben sich ohne diese Beitragsbefreiung unterschiedlich hohe Beiträge, so ist der höchste Beitrag zu zahlen.

§ 12: Erlass von Elternbeiträgen

Auf Antrag werden die Elternbeiträge ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nach § 90 Abs. 3 und 4 SGB VIII nicht zuzumuten ist.

§ 13 Auskunfts- und Anzeigepflicht des Trägers

Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilt der Träger der Einrichtung nach § 23 Abs. 2 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) unverzüglich bei der Aufnahme die Namen und Anschriften der nach § 4 zuständigen Personen sowie die entsprechenden Anmelde- und Geburtsdaten der Kinder mit. Änderungen der Betreuungszeiten sowie entsprechende Abmeldedaten der Kinder sind ebenfalls zeitnah zu melden.

§ 14: Schlussbestimmung

Diese Satzung tritt nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung zum 01.08.2009 in Kraft. Die bisherige Satzung vom 01.04.2008 tritt gleichzeitig außer Kraft.

INFORMATIONEN ZUR BERECHNUNG DES FÜR DEN ELTERNBEITRAG MAßGEBLICHEN EINKOMMENS

Einkommen:

Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen.

Zu den Einkünften zählen:

- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit:
 - Jahresbruttogehalt inkl. steuerfreier Bezüge wie z.B. Überstunden- oder Feiertagszuschläge, abzüglich der tatsächlichen Werbungskosten bzw. der Werbungskostenpauschale
 - Fahrtkostenerstattungen bzw. Auslöse
- Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung (sog. Minijob)
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft
- Einkünfte aus Kapitalvermögen
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- sonstige Einnahmen, unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig o. steuerfrei sind, wie z. B.
 - Unterhaltsleistungen an die Eltern und das Kindergartenkind
 - zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmte öffentliche Leistungen an die Eltern und das Kind
 - Elterngeld nach dem Bundeselterngeldgesetz mit Ausnahme des Sockelbetrages von 300,- Euro
 - Renten und Versorgungsbezüge
 - Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld u.a. Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz
 - sonstige Leistungen nach Sozialgesetzen wie z. B. Krankengeld, Wohngeld, Arbeitslosengeld II

Maßgebend bei der Beitragsbemessung ist das aktuelle Einkommen der/des Gebührenschuldner/s. Das maßgebliche Einkommen kann, sofern keine Veränderung

eingetreten ist, durch Einkommensbelege des vorangegangenen Kalenderjahres nachgewiesen werden.

Eine relevante Veränderung liegt vor, wenn dadurch eine andere Beitragsstufe erreicht wird. Ist eine Einkommensveränderung eingetreten und ist das aktuelle Einkommen niedriger oder höher als das des vorangegangenen Kalenderjahres, so ist das voraussichtliche Einkommen der nächsten 12 Monate unter Hinzurechnung aller beitragsrelevanten Einkünfte ab Eintritt der Änderung maßgebend.

Änderungen der Einkünfte, die zu einem anderen Elternbeitrag führen, sind unverzüglich mitzuteilen, sodass der Beitrag ab dem Monat nach Eintritt der Änderung neu festgesetzt werden kann.

Verlustausgleich

Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammenveranlagten Ehegatten ist nicht zulässig (z. B. negative Einkünfte aus Vermietung u. Verpachtung oder Gewerbebetrieb).

Eltern

Verpflichtet zur Zahlung des Beitrages und zur Angabe des Einkommens sind gem. § 4 der Beitragssatzung des Kreises Wesel die Eltern, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht, sofern sie mit dem Kind zusammenleben. Lebt ein Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so ist nur das Einkommen dieses Elternteils und des beitragspflichtigen Kindes maßgebend (§ 4 Satz 2 der Satzung).

Ermäßigung oder Erlass der Elternbeiträge

Auf Antrag können die Elternbeiträge ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern nach § 90 Abs. 3 SGB VIII nicht zuzumuten ist. Entsprechende Antragsformulare können beim Fachbereich Jugend angefordert werden. Eine Ermäßigung oder ein Erlass kann erst mit Datum der Antragstellung wirksam werden.

Einkommensangaben und Nachweispflicht

Auf Verlangen haben die Eltern/hat der Elternteil schriftlich anzugeben und nachzuweisen, welche Einkommensgruppe gemäß § 9 der Beitragssatzung ihrem/seinem Elternbeitrag zugrunde zu legen ist. Ohne Angaben zur Einkommenshöhe oder ohne den geforderten Nachweis ist der höchste Elternbeitrag zu leisten, wenn auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist. Eine jährliche Überprüfung der Einkommenssituation bleibt vorbehalten.

Als Nachweis eignet sich u.a. Steuerbescheid, Steuerkarte, Gehaltsabrechnungen (wenn steuerfreie Leistungen neben dem Steuerbrutto bezogen werden), gegebenenfalls vorläufige Bescheinigungen von Steuerberatern, Arbeitgeberbescheinigungen aus denen die o.g. Gesamteinkünfte ersichtlich sind.

Beitragspflicht

Die Beitragspflicht zur Zahlung des Kindergartenbeitrages richtet sich nach den vertraglichen Bestimmungen der jeweiligen Tageseinrichtung. Im Jahr der Einschulung endet die Beitragspflicht zum 31.07. automatisch ohne besondere Kündigung. Über Abmeldungen in anderen Fällen entscheidet der Träger der Tageseinrichtung.

Berechnungsschema:

Positives Einkommen gem. Einkommensteuergesetz
./.. Werbungskosten (z.Zt. 920,- Euro o. die anerkannten Werbungskosten lt. Steuerbescheid)
+ 10% bei Einkünften aus einem Mandats- oder Beamtenverhältnis
+ sonstige steuerfreie Einkünfte
./.. Kinderfreibeträge gem. § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz ab dem 3. Kind

= maßgebliches Elterneinkommen